WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 2 / Oktober 2014

32. Jahrgang

Ein Weiterbildungsangebot der Führungsakademie des „Hessischen Landesschulamt und Lehrkräfteakademie"

G8/G9 in Wiesbaden 4

5 Narrenbericht-erstattung vom Hof der Königin

Einmarsch der Bundeswehr in die Schulen 10

Siehe den Artikel

11 „Führer befiehl, wir folgen!"

Wir folgen dir,
wir folgen deinen Mitarbeitern und dir,
wir folgen deinem Team und dir,
wir folgen deiner Organisation und dir

INHALT

2
Tarifeinheit - ein schwieriges Problem

4
Keine Wahlfreiheit in Wiesbaden

6
Narrenberichterstattung vom Hof der Königin

7
Bildungsstreik 2014

8
Back to the roots - Interview mit Friedel Beyer

10
Die Eroberung der Schulen

11
Führer befiehl, wir folgen!

12
Zuhören ohne Zustimmung

13
Willkommen in Deutschland

14
Gesundheitsgefährdung durch PVC-Weichmacher

16
9. Wiesbadener Bildungsgespräch

TARIFEINHEIT - EIN SCHWIERIGES PROBLEM

Der WLZ-Kommentar von Arnold Spellerberg

Wer kennt nicht die Fernsehbilder: ein Massenaufmarsch von dreißig goldbetressten Lufthansa-Piloten, die um bessere Arbeitsbedingungen für sich kämpfen, unterstützt durch die Pilotengewerkschaft „Cockpit“, eine „Spartengewerkschaft“, eine „unsolidarische Splittergruppe“, die „Tarifpolitik zu Gunsten einer kleinen, privilegierten Minderheit … zu Lasten der Mehrheit der Beschäftigten“ macht. So argumentiert – reichlich pauschal - ein DGB-Papier.

Die Tarifeinheit, der Grundsatz, dass eine Gewerkschaft die Beschäftigten eines Betriebs, einer Branche vertritt und Tarifverträge abschließt, die dann für alle gelten, dieser selbstverständliche Grundsatz eines gemeinsamen Handelns, ist in der Bundesrepublik zum Problem geworden. Die schwarz-rote Bundesregierung will die Tarifeinheit zugunsten der stärksten im Betrieb vertretenen Gewerkschaft gleich gesetzlich regeln. Betroffen wären alle anderen Gewerkschaften, die es vielleicht im Betrieb noch gibt. Ihnen stünde keine Tariffähigkeit mehr zu, sie könnten keine Tarifverträge mehr abschließen, sie könnten für deren Durchsetzung auch nicht mehr zu Kampfmaßnahmen greifen. Sie wären als Gewerkschaft sinnlos. Das könnte auch die DGB-Gewerkschaften treffen. Sieht man das Wiesbadener Unternehmen WIBUS etwa als einen „Betrieb“ an, so wäre die „Nahverkehrsgewerkschaft“ dort die stärkste Organisation, die DGB-Gewerkschaft ver.di bliebe außen vor. Doch das ist nicht einmal das wesentliche Problem, dass sich mit einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit auftut.

Es ehrt den DGB, dass er auf seinem jüngsten Bundeskongress eine Regelung durch den Gesetzgeber zurückgewiesen hat. Der DGB hat sich völlig zu Recht jede Einmischung in die Tarifautonomie verbeten. Zugleich hat der DGB erklärt, er wolle das Problem mit den „Spartengewerkschaften“, die ihn in der Tat unter Druck setzen, selbst regeln, er wolle sich auf seine eigene Kraft verlassen, er wolle den Knoten zerschlagen, ohne die Tarifautonomie oder das Streikrecht in der Bundesrepublik anzutasten.

Genau hier sehen wir das wesentliche Problem.

IMPRESSUM:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung.

Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: info@gew-wiesbaden.de; www.gew-wiesbaden.de;

Redaktion:

Arnold Spellerberg, Thomas Eilers,

Fotos: GEW

Druck: wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Werkstätten für behinderte Menschen, Tel. 0611/1749-312;

Auflage: 1800

Der DGB sagt nämlich nicht, wie er diese Quadratur des Kreises hinbekommen will. Inwiefern hat er Kraft genug dazu? Was ist mit den verfassungsrechtlichen Fragen, die sich auftun? Will der DGB sich autonom mit den Arbeitgeberverbänden verständigen? Muss am Ende doch der Gesetzgeber ran, in einer wie auch immer abgespeckten Form?

Zu den Problemen, die wie hier sehen, gehört es, dass „Spartengewerkschaft“ nicht gleich „Spartengewerkschaft“ ist. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GdL) zum Beispiel kann nicht als Spartengewerkschaft abgetan werden. Sie hat vor einiger Zeit mit Hilfe wochenlanger Streiks einen Tarifvertrag durchgesetzt, der für das gesamte, wir wiederholen es: für das gesamte Fahrpersonal gilt – bei der Bahn AG und bei sämtlichen privaten Bahngesellschaften in der Bundesrepublik. Sie hat die erforderliche Kartellierung der Ware Arbeitskraft in ihrem Organisationsbereich in einer vorbildlichen Weise herbeigeführt – keine ganz kleine Leistung für eine „unsolidarische Spartengewerkschaft“. Natürlich, der Tarifvertrag gilt „nur“ für das Fahrpersonal. Aber wäre es nicht die Aufgabe der zuständigen DGB-Gewerkschaft, Tarifverträge für alle abhängig Arbeitenden bei allen Bahnunternehmen der Republik durchzusetzen? Uns drängt sich der Eindruck auf, dass die Existenz von Spartengewerkschaften eher ein Ausdruck der Schwäche der DGB-Gewerkschaften ist.

Ein weiteres Problem, das nicht wegzudiskutieren ist, betrifft das Streikrecht. Regelt man die Dinge so, dass immer nur die stärkste Gewerkschaft die tariffähige ist, nur ihr Tarifvertrag gilt, dann bindet man das Streikrecht faktisch - und in den meisten Fällen - an die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft. Das im Grundgesetz niedergelegte Koalitionsrecht und das Streikrecht gelten aber für alle abhängig Arbeitenden, eine Privilegierung bestimmter Organisationen der Lohnabhängigen ist dort nicht vorgesehen. Es kann niemandem das Koalitionsrecht oder das Streikrecht entzogen werden, nur weil er keiner DGB- Gewerkschaft angehört. Die Auseinandersetzung mit „Spartengewerkschaften“ muss anders geführt werden, wie es der DGB im Grundsatz ja auch richtig sieht.

Das Streikrecht in der Bundesrepublik ist zwar garantiert, aber schon jetzt eingeschränkt genug. Streik gibt es nur in den entsprechenden Phasen einer Tarifauseinandersetzung. Warnstreiks gelten als Teil eines Tarifrituals, sie sind üblich, wenn die Friedenspflicht erloschen ist. Sogenannte spontane Streiks, die nicht von einer Gewerkschaft geführt werden, gelten als illegal. Politische Streiks gelten sowieso als illegal – obwohl es Gründe genug dafür gibt, die Debatte über die Notwendigkeit politischer Streiks neu zu eröffnen. Sieht man sich alle diese Beschränkungen des Streikrechts an, so ist völlig klar, dass wir jede weitere Einschränkung des Streikrechts – und gelte sie auch für „unsolidarische Spartengewerkschaften“ – in jedem Fall bekämpfen müssen.

Aus der Sicht der abhängig Arbeitenden im Schulbereich, die überwiegend Beamtinnen und Beamte sind, gibt es freilich noch einen weiteren Grund, sich gegen Einschränkungen des Streikrechts energisch zu wehren. Gilt doch der Beamtenstreik nach noch herrschender Lehrauffassung als „illegal“. Die herrschende Lehre will für eine ganze Gruppe abhängig Arbeitender das Streikrecht eskamotieren. Das ist natürlich nicht unumstritten. Wir selbst haben in der letzten Ausgabe dieser Zeitung eine Argumentation vorgetragen, dass Beamtinnen und Beamte natürlich streiken können, nach den Bestimmungen des Artikels 29 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Hessischen Verfassung und zum Beispiel dann, wenn der Arbeitgeber es beabsichtigt, die Beamten unter Sonderrecht zu stellen, indem er sie anders behandelt als die anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Damit sind wir wieder bei der hessischen schwarz-grünen Regierungspolitik angekommen. Die Regierung beabsichtigt, die Beamtinnen und Beamten für ihre Sparpolitik in eine Art Geiselhaft zu nehmen. Die Beamtinnen und Beamten sollen dafür herhalten, dass man törichterweise in die Verfassung eine Schuldenbremse eingeführt hat. Die Beamtinnen und Beamten sollen wie bekannt über Jahre weg keine Gehaltserhöhungen mehr bekommen, und zwar nur sie allein. Und dies nur, weil die Regierung denkt, das würden wir uns gefallen lassen. Beamte „haben ja kein Streikrecht“ und sind nicht „tariffähig“. Wenn sich die Regierung da mal nicht verrechnet hat. Es ist natürlich sehr gut denkbar, dass sich die hessischen Beamtinnen und Beamten doch auf einmal wehren, mit Arbeitskampf, mit Streik. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Landesregierung dann ganz bekleckert dasteht. Schon aus diesen Gründen müssen sich alle abhängig Arbeitenden, auch alle hessischen Beamtinnen und Beamten, gegen jeden Versuch einer Einschränkung des Streikrechts zur Wehr setzen. Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung des Streikrechts ist das Gebot der Stunde!

KEINE WAHL-FREIHEIT IN WIESBADEN

von Michael Zeitz

G 8

G 9

Es könnte so einfach sein – die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und Lehrkräfte befürwortet die Rückkehr zur längeren Gymnasialzeit von neun Jahren.

Würde man den Willen der Mehrheit ernstnehmen, müssten mindestens sechs der sieben Wiesbadener Gymnasien auf G9 umstellen. Die traurige Realität sieht anders aus: Aktuell bieten nur drei Gymnasien G9 an - gerade mal 40 Prozent im Vergleich zu knapp 80 Prozent hessenweit!

Wie ist dies zu erklären? Offensichtlich ist die G8-Lobby in der Landeshauptstadt besonders stark. Die Verantwortlichen in Schulleitungen, Staatlichem und Städtischem Schulamt und Lokalpolitik führen immer wieder dieselben fadenscheinigen Argumente ins Feld:

1. G8-Schülerinnen und Schüler schnitten bei den Abiturnoten, bei Sozialkompetenz und Zufriedenheit nicht schlechter ab als G9-Absolventinnen und Absolventen.

   Wenn allerdings das Kultusministerium oder das Institut der deutschen Wirtschaft Köln solche Studien präsentiert („Bildungsmonitor 2014“), drängt sich mir der Verdacht auf, dass einige wichtige Aspekte „übersehen“ wurden. Stimmt meine auf Beobachtungen im G8-Schulalltag gestützte Vermutung, dass unter G8 mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund scheitern als unter G9, dann ist es kein Wunder, dass der verbleibende privat geförderte „Bildungsbürger-Nachwuchs“ einen guten Abiturdurchschnitt erzielt.

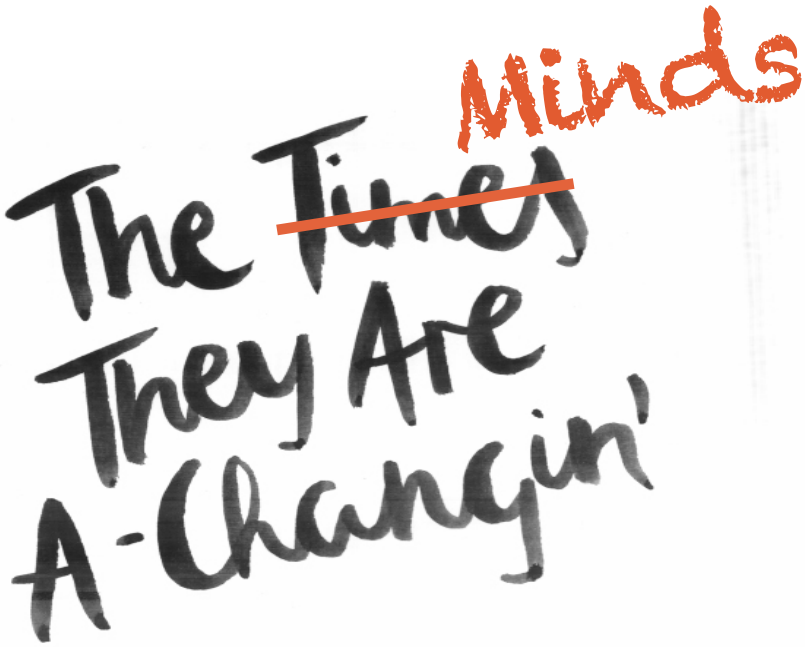
2. G9 führe zu Raumnot an den Gymnasien.

   Größerer Raumbedarf entsteht aber erst acht Jahre nach der Umstellung, wenn die erste Jahrgangsstufe 13 gebildet wird. Bis dahin ist genug Zeit, um Lösungen zu finden.

3. Die Umstellung etwa der Gutenbergschule schaffe keine zusätzlichen G9-Kapazitäten, da sie komplett mit Erstwünschen ausgelastet sei. (Dieses Argument wird derzeit dazu „missbraucht“, um „begründen“ zu können, dass mit der Martin-Niemöller-Schule Knall auf Fall ein weiteres Vollgymnasium, und zwar als G9-Gymnasium, aus dem Hut gezaubert werden soll.)

   Dabei wird indes unterschlagen, dass die Gutenbergschule nicht wegen, sondern trotz G8 recht gut angewählt wurde und mit Sicherheit auch ein Großteil der Gutenberg-Wählerinnen und -Wähler G9 bevorzugen würden, wenn es denn an dieser Schule angeboten würde. Und überhaupt: Statt ein neues Gymnasium nach dem anderen auszuhecken, - die Theodor-Fliedner-Schule in Bierstadt ist als Gymnasium noch in der Entwicklung - wäre es doch wesentlich einfacher, man ermutigte weitere von den schon bestehenden Gymnasien zur Rückkehr zu G9. Das entspricht mit Sicherheit dem Wunsch des übergroßen Teils der Lehrerschaft beispielsweise an der Gutenbergschule und natürlich auch dem Eltern- bzw. Schülerinnen- und Schülerwunsch. Es ist nur die schon erwähnte recht kleine G8-Lobby, die hier auf der Bremse steht.

DIE UNENDLICHE GESCHICHTE



Vor nunmehr einem Jahrzehnt wurde die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre in Hessen gegen massiven Widerstand vor allem der GEW flächendeckend eingeführt.

Je länger die Schülerinnen und Schüler unter dem Druck der Schulzeitverkürzung zu leiden hatten, desto stärker wurde die Forderung nach Rückkehr zum G9-System. In Meinungsumfragen sprachen sich schließlich 89 Prozent der Eltern mit schulpflichtigen Kindern gegen G8 aus. Mit Blick auf die Wahlen 2013 kündigte die Landesregierung daher im Herbst 2012 an, den Gymnasien die Möglichkeit zu geben, schon zum Schuljahr 2013/14 wieder auf G9 umzustellen.

Trotz massiver Hürden haben hessenweit rund 40 Prozent der 107 Gymnasien zum Schuljahr 2013/14 G9 angeboten, im aktuellen Schuljahr sind es immerhin 78 Prozent (63 Prozent G9, 15 Prozent Parallelangebot von G8 und G9 an der Schule).

In Wiesbaden sieht dies leider ganz anders aus: 2013/14 gab es in der Landeshauptstadt kein Gymnasium mit G9-Angebot, zum aktuellen Schuljahr haben nur drei der sieben Gymnasien auf G9 umgestellt (Dilthey-Schule, Gymnasium am Mosbacher Berg und Oranienschule).

Dies spiegelt offensichtlich nicht den Elternwillen wider. In einer offiziellen Befragung des Städtischen Schulamtes (August 2013) hatten sich nur knapp 9 Prozent der Eltern von Drittklässlern für G8 ausgesprochen (65,5 Prozent pro G9, 20,5 Prozent für ein Parallelangebot, 3,7 Prozent waren unentschieden). Entsprechend sind die G9-Gymnasien überwählt. Obwohl die Oranienschule und das Gymnasium am Mosbacher Berg je eine zusätzliche fünfte Klasse eingerichtet haben, mussten rund 150 Schülerinnen und Schüler, die ein G9-Gymnasium als Erstwunsch angegeben hatten, an eine G8-Schule verwiesen werden.

Unter den Schlagworten „Schulfrieden und Wahlfreiheit“ wurde im jetzt aktuellen schwarz-grünen Koalitionsvertrag angekündigt, dass auch laufende Jahrgänge 5 bis 6 auf G9 umstellen könnten. Das entsprechende Gesetz ermöglicht die Umstellung sogar bis einschließlich Jahrgangsstufe 7 - allerdings unter der Bedingung, dass 100 Prozent der Eltern des entsprechenden Jahrgangs der Umstellung zustimmen. Für Eltern, die bei G8 bleiben wollten, müsse - angeblich aus juristischen Gründen - „Vertrauensschutz“ gelten. Von der Möglichkeit, auch laufende Jahrgänge 5 bis 7 auf G9 umzustellen, profitieren in diesem Schuljahr rund 2000 Schüler in Hessen, ca. 2700, die ebenfalls G9 bevorzugen würden, wurden enttäuscht, da einzelne Eltern in anonymen Befragungen gegen die Umstellung stimmten.

Wie kaum anders zu erwarten, hat der „Vertrauensschutz“-Murks in Wiesbaden zu besonders grotesken Ergebnissen geführt: Am Gymnasium am Mosbacher Berg hat eine kleine Minderheit die Umstellung des aktuellen Jahrgangs 6 auf G9 verhindert, an der Dilthey-Schule startet der Jahrgang 5 mit G9, Jahrgang 6 bleibt bei G8 und die Jahrgänge 7 und 8 haben ein Parallelangebot - eine organisatorische Herausforderung für die Schulleitung und eine harte Probe für den „Schulfrieden“.

Michael Zeitz

ES BLEIBT DABEI:

Wir fordern, dass der Wunsch der übergroßen Mehrheit nach G9 endlich respektiert wird.

Im Interesse eines qualitativ besseren und sozial gerechteren Bildungsangebotes müssen die Gymnasien in Wiesbaden flächendeckend G9 anbieten.

NARREN-BERICHT-ERSTATTUNG VOM HOF DER KÖNIGIN

von Jakob Grimm

Das Neueste vom absolutistischen Zwergenstaat auf dem Berg hinter dem grünen Zaun, wo die dort residierende Königin in ihrer unendlichen Weisheit nachsann, wie die schrumpfende Zahl kleiner Untertanen zum Wohl ihrer großen Untertanen, ihres Hofstaates und vor allem ihres eigenen Wohls zu vermehren sei. Die großen und die kleinen Untertanen aber erinnerten sich daran, am 3.12.2011 bei der Einweihung des neuen Palasts von der Königin so angesprochen worden zu sein.

Klug entschied sie: Wenn die älteren kleinen Untertanen nunmehr weniger Neigung verspüren, den Berg zu besteigen und sich in ihre Obhut zu begeben, kann sehr wohl jüngeren kleinen Untertanen, den Zwergen also, dreizehnjährige Bildungsheimstatt geboten werden.

Dieser wohlwollenden, sich selbst verleugnenden Idee (G 9) applaudierten Fürsten und Fürstinnen von Stadt und Land – so wird berichtet -, doch lästigerweise mussten noch die schulischen der großen Untertanen einbezogen werden. Dies geschah, die geniale königliche Idee wurde vorgestellt, die großen Untertanen durften in einer Arbeitsgruppe über die Umsetzung nachdenken. Eigentlich war ja alles schon majestätisch wohl durchdacht, aber diese so überflüssigen Gesetze …

Also stimmte die Gesamtkonferenz über eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung möglicher Modalitäten ab. In der ersten Konferenz nach Beginn des neuen Schuljahres sollte dann endgültig Akklamation erfolgen: schnell, sicher, effektiv ...

Doch ein beflissener Kurier (oder war es eine defekte Standleitung vom Machtzentrum ins Tal?) brachte eigenmächtig und voreilig das gewünschte, aber noch längst nicht erzielte Ergebnis zur Lokalstelle der Hofberichterstattung - die dortige Hausleitung war zu diesem Zeitpunkt bergaufwärts zur Überprüfung der Nachricht wohl nicht zu nutzen. So überraschte die Presse das Wiesbadener Volk morgens mit dem angeblichen Beschluss der Gesamtkonferenz, die einst so beliebte Bergschule in eine Zwergenschule umzuwandeln.

Niemand, weder Königin noch Fürstinnen und Fürsten intervenierten ob der voreiligen und somit falschen Darstellung: Schließlich gab es ja noch keine Abstimmung zu einer Umwandlung der Schule für Untertanenpimpfe, sondern nur die Entscheidung zur Errichtung einer Arbeitsgruppe. Die Beschlussfassung erfolgt erst in der Gesamtkonferenz am 22.9.2014.

Und die Moral von der Geschicht'? Wahlweise: Nicht alles, was in der Zeitung steht, ist auch wahr.

Macht verdirbt den Charakter.

BUNDES WEITER BILDUNGS STREIK 2014

Die GEW war dabei!

Das Elend der hessischen Bildungspolitik ruft immer neue Proteste hervor. Viele Demonstrantinnen und Demonstranten kamen am 25.6.2014 zum Bildungsstreik auf den Luisenplatz vor das Hessische Kultusministerium. Während der Kundgebung hielt Christine Dietz, GEW Kreisvorstand Wiesbaden, eine Rede. Wir veröffentlichen einen Auszug, der sich mit den Privatisierungstendenzen, also mit einem zentralen Aspekt des bildungspolitischen Elends befasst:

„In unseren Schulen fehlt es häufig schon am Grundlegenden. Wenn Schulen systematisch verrotten, weil sie nicht auskömmlich finanziert werden, wenn die Toiletten so aussehen, dass sich die Kinder zu Recht davor ekeln, sie zu benutzen, wenn Förderung nur auf dem Papier existiert und nicht beim Lernenden ankommt, dann werden jeden Tag gute Argumente für Eltern geschaffen, dem staatlichen Bildungssystem den Rücken zu kehren, wenn man es sich denn finanziell leisten kann. Das ist der systematische Weg zur Verschärfung des in Deutschland ohnehin sehr dominanten Zusammenhangs von Reichtum und Bildungschancen. Bildung wird nicht als Recht verstanden, sondern als Privileg.

Am Ende des Umbaus unseres Bildungswesens könnte die Erkenntnis der Politik stehen, dass Bildung nicht mehr zur Kernkompetenz des Staates gehört.

Am Ende könnte der Staat argumentieren, dass eine Zuzahlung zu privat organisierter Bildung billiger ist, als die Bildung selbst zu bezahlen.“

BACK TO THE ROOTS?
WELCHE WEGE FÜHREN ZUR INKLUSION?

Noch ein Artikel zum Thema „Inklusion"???

Hatten wir das nicht in den letzten Ausgaben der WLZ zur Genüge?

wer hat angst vor inklusion?

Wir meinen: Nein, wir brauchen das weiterhin - denn der hessische Weg zu einer gelingenden Inklusion ist nach wie vor Gegenstand vieler kontroverser Diskussionen, so auch im Bereich unserer „Modellregion Wiesbaden".

Deshalb war unsere Fragestellung: Wie beurteilt ein Fachmann die Situation, der Zeit seines Lebens in diesem Bereich gearbeitet hat und sich seit seiner Pensionierung nach wie vor intensiv mit diesem Thema beschäftigt?

Dazu führten wir im Juni 2014 ein Gespräch mit Friedrich Beyer. Schon sein beruflicher Werdegang ist in diesem Zusammenhang interessant:

1978 wurde Friedrich Beyer Schulleiter an der Heinrich-Hoffmann-Schule, damals eine der größten Schulen für Lernhilfe in Frankfurt. In Zusammenarbeit mit dem italienischen Generalkonsulat ging es in dieser Zeit darum, italienische Kinder vor „Sonderschulbedürfigkeit" zu bewahren und durch Hilfen von den Förderschulen an die Regelschulen zurückzuführen.

Durch diese Arbeit angeregt, nahm er 1984 an einem Kongress in Italien teil und lernte dort den eigentlichen „Gemeinsamen Unterricht" in der Region Emilia-Romagna kennen. Sukzessive erprobte er anschließend Modelle des gemeinsamen Unterrichtens an seiner Schule.

1986 wechselt er als Schulleiter an die Blücherschule in Wiesbaden.

Wenige Jahre später startete der Gemeinsame Unterricht in Wiesbaden: Die Diesterwegschule begann 1990 als erste Grundschule in Wiesbaden, damals mit einer vom Schulträger finanzierten Förderschulstelle, und 1991 folgte die Blücherschule: Auch hier wurde der Gemeinsame Unterricht eingeführt und kontinuierlich ausgebaut.

1998 suchte Friedrich Beyer noch einmal eine neue berufliche Herausforderung: Er wurde Schulamtsdirektor im Staatlichen Schulamt Wiesbaden, war hier für den sonderpädagogischen Bereich zuständig und damit vorrangig für den Gemeinsamen Unterricht.

Im Verlauf unseres Gesprächs entwickelte sich ein interessanter Austausch zu verschiedenen Aspekten der Inklusion; wir haben seine Ansichten für diesen Artikel zusammengefasst.

Was hat sich bei dem gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern (GU) bewährt, was hätte weiterentwickelt werden sollen?

• Der GU schuf die eigentliche Voraussetzung dafür, dass es keine getrennten Schulformen mehr für behinderte und nicht behinderte Kinder geben müsste.

• Das vorhandene System (in diesem Fall das System der Regelschule) musste sich zurechtrücken, umstrukturieren. Die Teams an den jeweiligen GU-Schulen arbeiteten didaktisch und methodisch zusammen, dadurch kam es zu einer gegenseitigen Veränderung des Blickwinkels für beide Seiten.

• Die Grundhaltung der Kollegien gegenüber Heterogenität, „verschieden sein, anders sein", veränderte sich positiv. Es entstand ein anderes Menschenbild.

Friedrich Beyer verweist in diesem Zusammenhang auf Prof. Dr. Helmut Reiser, der schon zu Beginn der Integration in Hessen gefordert hatte, dass sich die sonderpädagogischen Kompetenzen von innen in einer Schule aufbauen müssten. Bereits damals wurde die Forderung gestellt, dass die Anzahl der Förderschulen zurückgehen müsse, ein Doppelsystem Förderschule/Regelschule wäre nicht inklusiv.

• Die Förderschullehrkräfte waren Teil des Kollegiums, während dies heutzutage nicht mehr grundlegend der Fall ist.

So skizziert Friedrich Beyer seine Vorstellungen von einer gelingenden Inklusion:

• Die Schulen müssen ihre Arbeit auf die Heterogenität ihrer Schülerinnen und Schüler einstellen und eigene schulbezogene Konzepte entwickeln, zum Beispiel in Bezug auf Wohnlage und auf soziale Bedingungen ihrer Schülerschaft. Dies ist eine Herausforderung für jedes Kollegium und jede Lehrkraft, da es keine normative Leitlinie für diese inhaltliche Arbeit gibt.

• Hierfür braucht jede Schule Teams von unterschiedlich ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen („multiprofessionelle Teams"). Dies fördert auch den Weg zur selbstständigen Schule mit eigenständigem Profil.

• Hilfestellungen und Fortbildungen sollten zentral angeboten werden, zum Beispiel auf der Ebene des Staatlichen Schulamts oder überregional.

• Eine ernsthaft gemeinte inklusive Beschulung bedeutet die Aufhebung des Ressourcenvorbehalts, das heißt eine gute Ausstattung der Schulen mit Personal, materiellen und sächlichen Mitteln.

Welche Rolle spielen BFZ (Beratungs- und Förderzentren) in diesem Prozess?

• Die Beratungs- und Förderzentren werden nach Auffassung Friedrich Beyers zurzeit wie ein „neues System in einem bestehenden System“ etabliert.

• Er bezeichnet die BFZ als den „manifestierten Ressourcenvorbehalt“ und spricht sich dafür aus, dass der gesetzlich festgeschriebene Ressourcenvorbehalt dringend aufgehoben werden muss. Er verweist zum Beispiel auf einen Vorschlag von Prof. Dr. Wocken, der eine systembezogene Zuweisung empfiehlt: pro 100 Schülerinnen und Schüler einer Regelschule eine Förderschullehrerstelle für die Schülerinnen und Schüler mit Lern-, Sprach- und Verhaltensschwierigkeiten, bei Auffälligkeiten in der geistigen, körperlichen Entwicklung oder Sinnesbeeinträchtigung sogar eine höhere Stundenzuweisung.

• Die Anbindung der Förderschullehrkräfte an die BFZ hält er für den falschen Weg. Auch in der Regelung, dass Förderschullehrkräfte im „inklusiven Unterricht“ nur noch in Ansätzen unterrichten sollen und ihr Aufgabenbereich weitgehend auf Beratung und „vorbeugende“ Maßnahmen reduziert wird, sieht er eine falsche Entwicklung. Die pädagogische Arbeit unter diesen Bedingungen belastet die Kooperation der Lehrkräfte.

• Friedrich Beyer bezweifelt, dass die BFZ die Möglichkeiten haben werden, die Schulen mit allen fachlichen Kompetenzen auszustatten. Der Weg des GU verlief hier völlig konträr: Hier wurden die fachlichen Kompetenzen an den jeweiligen Schulen aufgebaut und entsprechend der Schülerschaft weiterentwickelt sowie nötigenfalls personell ergänzt.

• Wie schon an anderer Stelle erwähnt, sieht es Friedrich Beyer als Grundaufgabe jeder Schule, sich konzeptionell weiterzuentwickeln bzw. sich den individuellen Erfordernissen der Schülerschaft anzupassen. Er befürchtet, dass die Regelschulen nicht mehr ein eigenständiges Konzept entwickeln, wenn den BFZ eine steuernde Rolle zukommt.

Die momentanen Ressourcen für die IB („Inklusive Beschulung“) hält er für zu gering. Außerdem würden sie nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Konzeptionell scheine hier das System des „mobilen Dienstes“ der Kindergärten kopiert und auf die Schulen übertragen worden zu sein, was den Sparvorgaben im sonderpädagogischen Bereich entgegenkomme - „möglichst wenige Stunden für möglichst viele Schülerinnen und Schüler“.

• Es stellen sich für ihn zudem konkrete Fragen:

- Lassen sich Regelschullehrkräfte gerne von Förderschullehrkräften beraten, die u. U. wenig oder noch gar keine Unterrichtserfahrung im inklusiven Unterricht haben; die nach dem Referendariat sofort in die BFZ wechseln?

- Wenn in der ersten und zweiten Klasse Grundschule in Zukunft sonderpädagogischer Förderbedarf nicht mehr festgestellt werden darf, wie soll dann sinnvoll Prävention erfolgen?

Ist die Festlegung auf Schwerpunktschulen sinnvoll und welche Rolle spielt die Modellregion Wiesbaden?

• Schwerpunktschulen sind nach Meinung Beyers nicht unbedingt nötig, denn bei Schulneubauten greifen bereits jetzt Richtlinien, zum Beispiel zur Barrierefreiheit. Umbauten in bestehenden Schulen seien zudem nicht immer aufwändig. Die personelle und sächliche Ausstattung wohnortnaher Beschulung ist im Rahmen der Früherfassung steuerbar.

• Zur Modellregion äußert er sich klar: „Schade, dass die Erfahrungen des GU in Wiesbaden nicht zum Ausbau und der Weiterentwicklung eines inklusiven Systems als Grundlage fortgeführt wurden. Stattdessen wurden die Förder- und Arbeitsbedingungen so verändert, dass von einer ‚Modellregion zur Inklusion‘ wenig erkennbar scheint“.

Das Gespräch führten Katja Plazikowsky und Sigrid Rohleder

DIE EROBERUNG DER SCHULEN

Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt

von Zara Zaubermantel

Die Bundeswehr drängt an die Schulen! In immer mehr Bundesländern gibt es Kooperationsverträge zwischen der Armee und dem jeweiligen Landesschulministerium. Damit sichert die Bundeswehr ihren Jugendoffizieren den Zugang in die Klassenzimmer: dort halten die jungen Soldaten Vorträge über die Arbeit der Bundeswehr oder spielen mit den Schülern das Simulationsspiel POL&IS. Interessant ist dabei, dass es dabei gar nicht um Kriege geht, sondern um die sachgemäße Lösung einer zuvor beschriebenen Konfliktlage mit den Mitteln einer Armee.

Nicht selten kommen mit den Jugendoffizieren auch Wehrdienstberater an Schulen, um die jungen Leute für den Dienst an der Waffe zu gewinnen. Auch auf Ausbildungs- und Jobmessen sind die Nachwuchswerber vertreten und versuchen, die Kinder und Jugendlichen für die Bundeswehr zu begeistern. Werbeanzeigen und kostenloses Unterrichtsmaterial ergänzen das Angebot. Eine Armee wird zum normalen Arbeitgeber und macht Werbung in eigener Sache.

Die Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr an Schulen ist heute umfangreich wie nie zuvor. Zum einen sucht die Armee nach dem Ende der Wehrpflicht gerade unter jungen Leuten neue Rekruten für weltweite Auslandseinsätze. Zum anderen will die Bundeswehr schon die Schüler - die Wähler von morgen - von der Notwendigkeit heutiger und zukünftiger Militärmissionen begeistern.

• Ist die Bundeswehr ein Arbeitgeber wie jeder andere?

• Ist die Finanzierung dieser Public Relation der Bundeswehr über Steuergelder der richtige Weg?

• Ist die militärische Antwort immer noch oder schon wieder eine normale Fortsetzung der Politik?

Nach einem Impulsreferat diskutieren wir dies mit: Michael Schulze von Glaßer.

Er ist Politikwissenschaftler, freier Journalist, Beirat der Informationsstelle Militarisierung e.V. und Autor der Bücher „Soldaten im Klassenzimmer - Die Bundeswehr an Schulen“ (2012) und „An der Heimatfront - Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr“ (2010).

13. November 2014
18 Uhr
Aula
Kerschensteinerschule
Berufsschulzentrum
Wiesbaden

Die aktuelle Umfrage:

Wer für die Präsenz der Bundeswehr in den Schulen ist, gehört zu einer „radikalen“ (???) Minderheit!!

Aus einer repräsentativen Umfrage vom Mai 2014:

60 Prozent der Interviewten beantworteten die Frage, ob sich die Bundesrepublik künftig international „stärker engagieren“ solle (das ist immerhin die Position von Freiheitspräsident Gauck und „Flinten-Uschi“, Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen) mit einem klaren: „Nein“.

82 Prozent der Befragten sprachen sich gegen weitere „Militäreinsätze der Bundeswehr“ aus.

Die Umfrage „Einmischen oder Zurückhalten“ zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik wurde von der Körber-Stiftung in Auftrag gegeben. Durchgeführt wurde sie von TNS Infratest Politikforschung. (as/Red.)

Führer befiehl, wir folgen!

von Arnold Spellerberg

Führen und Folgen
Führende und Folgende
Folgschaft und Gutes Folgen
Gute Folgschaft
Wohin Schulleitung
Führen will
Und andere
Folgen sollen.

Das ist in gebotener Kürze die Ankündigung eines Seminars des Landesschulamts und Lehrkräfteakademie im Beritt des Staatlichen Schulamts für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt. Stattfinden soll die Veranstaltung für zukünftige Führungskräfte am 1.12.2014. Wir teilen nicht die verbreitete Ansicht, dass sich die meisten Texte „in einem Satz zusammenfassen lassen". In dieser Ankündigung einer hessischen Behörde liegt uns allerdings ein Beispiel dafür vor, dass nichts zusammengefasst werden kann, wenn nichts vorhanden ist. En passant halten wir ein erstes wesentliches Merkmal der betriebswirtschaftlich organisierten Schule fest: ihre vollkommene Inhaltsleere.

Die Nähe der gewählten Formulierungen zu der Sprache des Faschismus ist uns natürlich bewusst. Es ist von Seiten des Hauptpersonalrats und des in Darmstadt zuständigen Gesamtpersonalrats zu Recht darauf hingewiesen worden. Es wurde auch hervorgehoben, dass das Hessische Schulgesetz (noch) von einer demokratischen Organisation der hessischen Schulen ausgehe und dass es unpassend sei, künftige „Führer" (pardon: „Führungskräfte") auf eine solche autoritäre Weise einzunorden. Das alles ist richtig. Überdies machen wir selbst uns Sorge darüber, welcher „Geist" in der AfL-Ordensburg, in der dort eingerichteten „Führer"- (pardon „Führungsakademie"), zu hausen scheint.

Wir sind allerdings der Ansicht, dass die bisherige Kritik zu kurz greift. Das meiste Neue ist gewiss uralt. Doch die Nazi-Parallele verfängt in diesem Falle nicht. In der Veranstaltungsankündigung des Landesschulamtes für künftige Führungskräfte kritisieren wir vielmehr den Grundzug, das Wesensmerkmal der betriebswirtschaftlich organisierten Schule.

Die betriebswirtschaftlich umgeformte Schule produziert die Ware Wissen. Die Produktion der Ware Wissen erfolgt wie die jeder Ware unter der Regiment von Beschleunigung, Zielvorgaben und Effizienz. Dabei ist wie überall in der kapitalistischen Produktion die Gebrauchswertseite, die subjektive Nützlichkeit des Produkts für das Individuum, untergeordnet. Was zählt, ist die Tauschwertseite, die Produktion von Zertifikaten, die es ihren Erwerbern vielleicht einmal gestatten, im späteren Leben selbst in den kapitalistischen Prozess involviert zu werden. Ebenfalls untergeordnet in der betriebswirtschaftlich umgeformten Schule sind die Produzenten der Ware Wissen, die früheren Lehrerinnen und Lehrer, jetzt die „Folgschaft". Um die geforderte Effizienz zu realisieren, um die Zielvorgaben zu erreichen, um das Produktionstempo stets zu steigern (man denke an Schulzeitverkürzungen, zentrale Abschlussprüfungen, Vergleichsarbeiten, Testeritis aller Art), ist eine ständige Kontrolle und Überwachung erforderlich. Daher bedarf der Produktionsprozess in der verbetrieblichten Schule der „Führenden", eben der in einer ehrlichen Sprache von Marx so bezeichneten „industriellen Offiziere und Unteroffiziere (Dirigenten, managers)", die in der Schule dann nicht „im Namen das Kapitals", sondern nach den politischen Vorgaben „kommandieren".

Das autoritäre Regime ist der betriebswirtschaftlich organisierten Schule immanent. Diese Verhältnisse wären auch nicht anders, wenn es statt „Führern" und „Folgschaft" „Leiter" und „Geleitete" hieße. Wer glaubt, dass sich die Sache ändert, wenn man ihren Namen ändert, der irrt. Die im Lande Hessen bereits mancherorts etablierten „selbstständigen Schulen", in denen die Schulleiterin oder der Schulleiter in der Tat der „industrielle Offizier" sein soll, sind ein Zeichen. Mithin ist uns klar, wohin die Reise geht und dass die Veranstaltungsankündigung des Landesschulamts weder ein Zufall noch ein geistiger Fehltritt war. Als Lehrerinnen und Lehrern ist uns indes ebenfalls klar, dass die betriebswirtschaftlich umgebildete Schule nicht voller Fehler, sondern selbst der Fehler ist. Sie muss verschwinden.

ZUHÖREN OHNE ZUSTIMMUNG

Für den Notfall 15 Millionen für Kommunikation mit jedem Klassenraum

von Dr. Manon Tuckfeld

Unter dem Etikett des Einbaus von Kommunikationsanlagen läuft in Wiesbaden ein groß angelegtes Projekt. Es soll sicherstellen, dass im Fall eines Amoklaufs die KollegInnen an den Schulen sachgerecht reagieren. Dies soll eine technikgestützte gezielte Ansprache in die jeweiligen Klassenräume hinein leisten. Soweit (vielleicht) so gut. Doch kommen Fragen auf. Zurzeit lehnt die Polizei Westhessen die Kommunikation über diese Anlagen ab und baut auf eigene Systeme. Die Polizei hält also, angesichts der Vielzahl von Handys, die Verfügbarkeit des Notrufs 110 für ausreichend und letztlich sogar sinnvoller.

Sie möchte auch im Alarmfall nicht direkt, sondern über das Krisenteam der Schule informiert werden. Von der Polizei heiß es dazu: „Direkte Alarmsignalübertragungen, ähnlich einer Überfallmeldeanlage/Einbruchmeldeanlage, die direkt bei der Polizei aufgeschaltet sind, werden als nicht erforderlich erachtet. Sie erbringen für die hier relevanten Lagekonstellationen keinen entscheidenden Vorteil. Rückfragen per Telefon werden zur taktischen Steuerung der Einsatzkräfte in jedem Fall erforderlich sein. Die Alarmierung der Polizei sollte von einer zentralen Stelle innerhalb der Schule erfolgen z.B. dem Sekretariat.“

Dies bedeutet, dass es zudem die Gefahr des ständigen Missbrauchs gibt. So liegt es nicht fern, dass Schüler sich einen Spaß daraus machen, mal zu schauen, was passiert, wenn der rote Knopf gedrückt wird. Unabhängig davon muss natürlich jeder Alarm ernst genommen werden und es muss zu jeder Zeit (ggf. per Handyweiterschaltung) von frühmorgens bis spätabends ein Mitglied des Krisenteams (in der Regel also der erweiterten Schulleitung) verfügbar sein und - im Fall des Falls - spontan reagieren können.

Zweites Problem: Die Mitbestimmung. Hier sind weder die Stadt noch das Staatliche Schulamt ganz einsichtig. Mit anderen Worten: Über Art und Umfang der Mitbestimmung gibt es bislang keine Einigung. Man sagt zu, nur im Notfall abhören zu wollen. Zusagen sind aber einseitige, letztlich unverbindliche Erklärungen, die jederzeit geändert, vergessen, neu definiert und widerrufen werden können. Damit aus der Kommunikationsanlage keine Abhöranlage wird, gibt es das einfache Mittel der Dienstvereinbarung, die genau dies ausschließt. Eine Dienstvereinbarung ist ein Vertrag, der eben gerade nicht jederzeit einseitig geändert, vergessen oder neu definiert werden kann. Hier müssen zum Beispiel Regelungen dazu einfließen, was passiert, wenn jemand (ggf. aus Jux und Tollerei) einen Alarm auslöst und die Mithörfunktion aktiviert. Wer hört mit und was kann dem Krisenteam zu Last gelegt werden, wenn im Krisenfall die Kommunikation nicht funktioniert hat?

Selbstredend kann das Mitbestimmungsrecht hier genau regeln oder großzügig sein. Wichtig ist allerdings die Mitsprache. Hierfür setzt sich der Gesamtpersonalrat ein. Es soll den Schulpersonalräten, in Abstimmung mit den Kollegien, möglich sein, ihre Überlegungen verbindlich in die Planungen einfließen lassen zu können.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Frage der Sinnhaftigkeit dieser Kommunikationsanlagen. Klar ist, dass im Falle eines Amoklaufs die fehlende Aktivität im Vorfeld zum Politikum wird. Klar ist auch, dass darin der eigentliche Grund für den Geldsegen seitens der Stadt zu sehen ist. Nur hilft er wirklich? Hier gehen die Meinungen weit auseinander. Aber das ist in gewisser Hinsicht egal. Denn es liegt nicht im Bereich der Mitbestimmung, über das „Ob“ einer solchen Investition, sondern nur über das „Wie“ mitzuentscheiden.

Allerdings ist mir hier eine persönlich-politische Anmerkung wichtig. Für mich ist das zentrale Moment die Schulkultur. Also ein transparenter egalitärer Umgang. Eine Schule, die integriert und nicht ausschließt, eine Schule, in der jede und jeder Platz findet und hat. Technik wird nie helfen können, Amokläufe zu verhindern. Sie kann bestenfalls helfen, ihre Folgen zu begrenzen. Wenn ich über die Mittel entscheiden könnte, flössen diese 15 Millionen Euro in die Prävention.

Die Polizei hat recht: Die 110 ist im Fall des Falls im Wortsinne die erste Wahl.

WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND

Schulleben einer Türkischlehrerin Teil II

von Zeynep Dogmaz

Am Samstag, dem 3. November 1979, war ich mit dem Flugzeug in Stuttgart gelandet, um meinen Auslandsdienst anzutreten. Das war mein erster Flug und ich war total aufgeregt. Ich wurde von Bekannten abgeholt, die mich am Montag zuerst zum türkischen Konsulat und anschließend zu meinem neuen Dienstort nach Geislingen brachten. Mein Türkischkollege ließ mich bei sich übernachten. Er lebte mit seiner Frau und drei Kindern in einer Drei-Zimmer-Wohnung. Ich musste also sofort eine Wohnung finden - und gleichzeitig sofort mit dem Unterricht anfangen.

Am nächsten Tag saß ich im Schulsekretariat einer Grundschule und die Sekretärin telefonierte. „Vor mir sitzt eine junge Frau und sagt, dass sie Türkischlehrerin sei", sagte sie. Ich dachte, sie macht Spaß. Ich war 25 Jahre alt und seit sieben Jahren im Schuldienst. Nach dem Telefonat führte sie mich in das Lehrerzimmer. Es war Pause. Ich hatte das Gefühl, bei einem Seniorentreff zu sein. So viele ältere Lehrer hatte ich noch an keiner Schule in der Türkei gesehen. Dann kam die Schulleiterin, älter als meine Mutter, und zeigte mir den Raum, wo ich nachmittags unterrichten sollte. Ab da begann meine Isolation von der Lehrerschaft, obwohl ich gesellig war. Aber in den drei Schulen, an denen ich unterrichtete, sah ich die ganze Zeit nur die Hausmeister und die Putzfrauen. Alle waren nett zu mir und halfen, wo sie nur konnten.

Zum ersten Mal vermisste ich mein Kollegium in Istanbul. In Istanbul hatte ich an einer Zwei-Schicht-Grundschule gearbeitet. Ich unterrichtete immer in der Vormittagsschicht und studierte Englisch für Sekundarstufe I in der Abendschicht an einer ebenfalls zweischichtigen Pädagogischen Hochschule. Das Kollegium frühstückte jeden Morgen in der ersten Pause miteinander, die Lehrerinnen tauschten Kuchenrezepte und erzählten sich, welche Fernsehserie sie am Vorabend angeschaut und wie lange sie dabei geheult hatten. Worüber sie nicht sprachen, war die politische Lage. In den Großstädten der Türkei war es wie im Bürgerkrieg. Die politisch Interessierten waren zweigeteilt: Kommunisten und Faschisten, sie brachten sich gegenseitig um. Wenn ich morgens das Haus verließ, wusste ich nicht, ob ich am Abend zurückkehren würde. Jeden Tag starben um die zwanzig Menschen, meistens Studenten. Ich entschied mich, nie Kuchen zu backen.

Am neuen Arbeitsort konnte ich sofort unterrichten. Die Schüler kamen gerne. Die Tafel in einer der Klassen war aber öfter mal vollgeschrieben und unten in der Ecke stand: Bitte stehen lassen! Obwohl ich jeden Tag fünf Stunden Unterricht hatte, musste ich dann ohne die Tafel auskommen. Es machte mich wütend und traurig zugleich.

Die Suche nach einer Wohnung war hingegen nicht so einfach. Ich stand samstags früh auf und kaufte Zeitungen. Gleich danach rannte ich zu einer Telefonzelle und rief die Telefonnummern der angebotenen Wohnungen der Reihe nach an. Ich sprach nur Buchdeutsch, kein Schwäbisch. Die Frage war immer die gleiche: „Sind Sie Deutsche?" - „Nein, ich komme aus der Türkei!" - „Es tut mir leid." Der Hörer wurde sofort aufgelegt. Nach ein paar Wochen gab ich es auf. Ich fragte nun Türken, wo ich sie sah, nach einer Wohnung. In einem türkischen Laden lernte ich Fatma kennen, eine alleinerziehende Mutter. Sie kam aus Köln und hatte die gleiche Erfahrung gemacht. Sie bot mir an, bei ihr in Süßen zu wohnen, bis ich eine Wohnung finden würde. Fatma hatte eine große Wohnküche und ein Wohnzimmer mit drei Schlafcouches. Die Toilette war im Flur. Das Bad befand sich im Keller - für zwei Mieter gemeinsam. Fatma hatte einen kleinen Sohn im ersten Schuljahr und Besuch aus der Türkei, ihren Bruder, einen jungen Mann, sowie ihre Mutter. Die Wohnung reichte für uns alle. In der Nacht sah die Wohnung wie ein Schlaflager aus. Am Tag stapelten wir die Kissen, die Decken und Matratzen in einer Ecke. Es herrschte eine herzliche Atmosphäre.

Die Hausbesitzerin war eine liebenswerte ältere Dame. Eines Tages kam sie mit einem Zettel in der Hand zu uns in die Wohnung. Es gab ein Dachzimmer zu vermieten. Ich ging hin und sagte gleich zur Begrüßung: „Aber ich bin aus der Türkei!" Eine bildhübsche Frau Anfang vierzig begrüßte mich so: „Die Deutschen sind wie die Türken. Es gibt gute und schlechte. Ich nehme Sie gern als Mieterin." Ich wohnte zum ersten Mal dem Himmel nah.

Nach drei Jahren ließ ich mich aus familiären Gründen nach Mainz versetzen. Ich unterrichtete vormittags in zwei Vorbereitungsklassen. Die Schüler sollten schnell Deutsch lernen und dann in die Regelklassen gehen. Ich fühlte mich nach der dreijährigen Isolation im Schwäbischen wieder wie eine normale Lehrerin. An der Grundschule unterrichtete ich zusammen mit Lisa und an der Hauptschule mit Mark. Lisas Schüler waren in Mainz zur Welt gekommen und konnten kein Deutsch, Marks Schüler kamen nach der Grundschule aus der Türkei und konnten ebenfalls kein Deutsch. Lisa und Mark wurden meine Freunde. Lisa musste öfter mittags mit mir und meiner Familie gemeinsam essen, weil ich für meine Kochkunst warb. Mark kam frisch vom Auslandsdienst aus Afrika zurück und vermisste das Kollegium dort. Wenn er seine Kinder vom Kindergarten abholte, kam er öfter mit ihnen bei uns vorbei. Wir tranken zusammen Kaffee und waren glücklich, endlich ein bisschen Großfamilie zu sein.

Bald endete meine Auslandsdienstzeit in Deutschland. Zwei Dinge haben mir in Deutschland gut gefallen: die Freiheit und die vielen Freizeitangebote. Man konnte lesen, was man wollte, und seine Meinung offen sagen, ohne ins Gefängnis zu kommen. Man musste auch nicht reich sein, um sportliche oder kulturelle Aktivitäten mitzumachen. Ich kündigte meine Stelle in Istanbul und meldete mich an der Uni in Mainz an, um richtig Deutsch zu lernen.

Vom Land Hessen wurden muttersprachliche Lehrer eingestellt. So kam ich nach Hessen. Ich musste in den Anfangsjahren nicht nur die türkischen Schüler unterrichteten, sondern auch für die Schulleitung, Lehrer und Eltern dolmetschen, übersetzen und als Fachfrau helfen, kulturell bedingte Probleme zu lösen.

Eines Tages kam ein Anruf von einem Türkischkollegen. Alle waren in die GEW eingetreten und brauchten eine Lehrerin für die Gruppe muttersprachlicher Lehrer. Ich stieg gleich aktiv als Quotenfrau ein und blieb dabei. Eine meiner Lieblingsbeschäftigungen war, meinen Schülern, als ein Stückchen Lebensqualität, beizubringen, in ihrer Freizeit auch Bücher zu lesen.

Und der Schritt, der mich als erstes Mädchen meines Dorfes und meiner Umgebung in eine weiterführende Schule gebracht hatte, führte mich am Ende hierher.

GESUNDHEITS-GEFÄHRDUNG DURCH PVC-WEICHMACHER

Vom Umgang mit Schadstoffbelastungen an Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden

von Jürgen Jäger

Als 2011 in Wiesbaden in einer städtischen Kindertagesstätte eine Weichmacher-Konzentration im Hausstaub gemessen wurde, die zur Schließung der Kita führte, hat der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße auf Antrag der Fraktion „Die Linke“ ein Untersuchungsprogramm für die im Ortsbezirk ansässigen Bildungseinrichtungen gefordert.

Die Verwaltung zur Unterhaltung der Kitas hat relativ schnell geantwortet, nicht so diejenige des Städtischen Schulamts, hier musste öfters nachgefragt werden. Das Ergebnis war schließlich, dass bei der Begehung der Schulen im Ortsbezirk das Vorhandensein von PVC-Bodenbelägen, die Weichmacher enthalten, festgestellt wurde. So lautete die Auskunft der zuständigen Stadträtin.

Das Ganze wurde vom Schulamt als potentielle, nicht jedoch als akute Belastung und Gefahr durch „Weichmacher“ bewertet. Man verwies auf eine Rücksprache mit einem Schadstofffachmann und dazu noch auf das Umweltbundesamt.

Nun kommt allerdings das Umweltbundesamt (UBA) in Verbindung mit dem Bundes-Institut für Risikoforschung (BfR) schon in einer Mitteilung aus dem Jahre 2003 zu der Erkenntnis: Fortpflanzungsgefährdende Stoffe sollten - ebenso wie krebserzeugende und erbgutschädigend Stoffe - generell nicht in die Umwelt gelangen.

Warum also sollte PVC-haltiges Material (Polyvinylchlorid) dann denn ausgerechnet mit Kindern in Verbindung gebracht werden?

Turnmatten, Fußbodenbeläge, Gymnastikbälle oder abwaschbare Tischdecken enthalten häufig solche gesundheitsgefährdenden Weichmacher. Diese machen den spröden Kunststoff PVC elastisch und biegsam. Das Problem: Viele Phthalate haben eine hormonelle Wirkung und können das Steuerungssystem des Körpers aus dem Gleichgewicht bringen. Föten im Mutterleib und Kleinkinder reagieren besonders sensibel auf diese Schadstoffe.

Hormonelle Schadstoffe sind Chemikalien,
- die in das Hormonsystem eingreifen, das den gesamten Stoffwechsel des menschlichen Körpers steuert,
- die für Kinder besonders gefährlich sind, da ihre körperliche und geistige Entwicklung gestört werden kann,
- die natürliche Hormone imitieren oder blokkieren und somit "verweiblichen" oder "vermännlichen" können,
- die bei Jungen u.a. mit Missbildungen der Geschlechtsorgane, Hodenkrebs und geringerer Anzahl und Qualität der Spermien in Verbindung gebracht werden,
- die bei Mädchen zu verfrühter Pubertät führen und das Brustkrebsrisiko erhöhen können,
- die als mögliche Ursache für eine Tendenz zu Allergien, Asthma-Risiko, Diabetes, Fettleibigkeit, Störungen der Gehirnentwicklung, Verhaltensauffälligkeiten und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie zu trockenen Augen identifiziert wurden und
- die schließlich auch unter den üblichen Grenzwerten schädlich sein können. Das gilt besonders während einer Schwangerschaft.

Das ist eine gewaltige Liste!

Kunststoffe bestehen aus einer ganzen Reihe von unterschiedlichen Beimischungen, z.B. Weichmachern. Diese sind nicht fest im Material gebunden, sondern können mit der Zeit ausgasen und dann in den Hausstaub übergehen. Menschen nehmen sie über die Atmung oder durch direkten Hautkontakt oder durch den Mund auf. Sie schlucken z. B. Staub. Phthalat-Weichmacher dünsten zwar langsam, aber dauerhaft während der Nutzung aus.

PVC gehört zu den giftigsten Kunststoffen, denn es enthält eine Reihe schädlicher Chemikalien. Der Ausgangsstoff Vinylchlorid ist krebserregend und kann das Erbgut verändern. Als Stabilisatoren können Schwermetalle wie Blei oder Kadmium zugesetzt sein. Meist wurde bei der Verlegung der Bodenbeläge der Untergrund mit einer asbesthaltigen Spachtelmasse behandelt, so dass beim Alterungsprozess, bei der Abnutzung die Asbestfasern in die Raumluft freigesetzt werden. Die Freisetzung der Phthalate aus Weich-PVC ist nicht zu verhindern, Das sagt das Umweltbundesamt. Phthalate sind im Blut oder im Urin nachweisbar.

Krebsspezialisten und Kinderärzte veröffenlichten im November 2005 in Brüssel eine Erklärung, in der sie 75 Prozent aller Krebserkrankungen direkt oder indirekt auf die Belastung mit schädlichen Umwelteinflüssen und mit Alltagschemikalien zurückführten.

Weichmacher sind gefährlich für Kinder, so die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) in einer Studie von 2004. Darin wird bestätigt, dass die Aufnahme von hormonell wirksamen Phthalaten in den Organismus allgemein wesentlich höher ist, als man bisher angenommen hat. Die Studie hat ergeben, dass besonders Kinder größere Mengen aufnehmen als bisher bekannt war.

Umweltgifte können in Kombination mit anderen Stoffen größere toxische Wirkungen entfalten. Das hat Professorin Irene Witte, Universität Oldenburg, nachgewiesen. Wegen der neuen Erkenntnisse fordert Frau Witte die grundlegende Einbeziehung von Kombinationswirkungen in die toxikologische Bewertung von Schadstoffen.

Sie kam weiterhin zu dem Ergebnis, dass viele Erkrankte von ihren Ärzten und der Gesellschaft nicht ernstgenommen werden. Es werde behauptet, dass die Belastung durch Umweltgifte zu gering sei, um krankmachende Wirkung auszuüben. "Alle Grenzwerte sind nur auf der Grundlage einer toxikologischen Einzelstoffbeurteilung festgesetzt worden. Nicht berücksichtigt wurde die unterschiedliche Vielfalt möglicher Wechselwirkungen der verschiedenen Schadstoffe und ihrer Abbauprodukte im menschlichen Körper“, sagt Witte.

Die neuen Untersuchungsergebnisse könnten folgenschwere Konsequenzen haben. Es gebe schon heute Hinweise, so weiter Frau Witte, dass eine bestimmte Form der frühkindlichen Leberzirrhose, die in Deutschland bereits 13 Todesopfer gefordert habe, nicht auf die Schadwirkung eines einzelnen Stoffes zurückzuführen sei, sondern auf die synergistische Kombinationswirkung zwischen Kupfer und bestimmten Umweltchemikalien.

Wie richtig die Ansicht ist, dass es Gesellschaft und Politik an Anerkennung der Gefahren durch Schadstoffbelastung fehlen lassen, wird an dem Beispiel des Leiters des Städtischen Schulamts Wiesbaden deutlich. Er sagte am 3.7.2014 in der Sitzung des *Ausschusses für Schule und Kultur* zur Schadstoffbelastung im Schiersteiner Fritz-Brüderlein-Haus (dort sollen ab sofort Räume für die Hafenschule eingerichtet werden): „In diesem Haus sind wahrscheinlich keine PVC-Fußböden vorhanden". Nun, wer die Schule kennt, weiß, dass sich dort PVC-Fußböden befinden. Ebenso hat die Hausstaub-Messung in der Blücherschule einen extrem hohen Wert von Weichmachern ergeben. Weiterhin hat der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße am 13.11.2014 den Antrag der Fraktion „Die Linke“ beschlossen, der Ultrafeinstaubmessungen an und in städtischen Einrichtungen im Ortsbezirk (Schulen, Kitas und Sporthallen) forderte. Die Ergebnisse sollten dem Ortsbeirat zur Kenntnis gegeben werden. Weder die Messergebnisse in puncto Blücherschule noch die Ultrafeinstaubmessergebnisse wurden dann jedoch mitgeteilt.

Die Eröffnung der Sporthalle am 5.7.2014 am Platz der deutschen Einheit wurde vermutlich ohne eine Frei-Messung von gesundheitlichen Belastungen in Anwesenheit vieler Kinder zelebriert.

Als Teilnehmer an der Eröffnungsfeier kann ich nur sagen, dass mich die Belastung durch VOC (volatile organic compound, das sind allgemein flüchtige organische Verbindungen) in der Innenraumluft zum schnellen Verlassen der Sporthalle veranlasst hat. Ich hatte Herz-Kreislauf-Probleme und Schweißausbrüche, verspürte Übelkeit zu spüren.

Ich zitiere Dagmar Lojewski-Paschke in einer Veröffentlichung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz: „Die Ruinierung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen über die Belastung mit Sondermüll bei der Erfüllung ihrer Schulpflicht sowie das Versagen der zuständigen Behörden und Aufsichtsämter bis hinauf in die obersten Bundesämter durch Ignoranz, Beratungsresistenz und Zynismus ist ein Verbrechen gegen die nächste und weitere Generationen im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums und der ausufernden Profitgier der Industrie.“

Das Städtische Schulamt, die Schul- und Gesundheitsdezernentin kennen doch die Auffassungen des Umweltbundesamtes zur Belastung durch PVC. Diese sind ganz eindeutig. Das Verhalten der städtischen Behörden ist nicht nachvollziehbar. Oder reden wir in der Tat von „Ignoranz, Beratungsresistenz und Zynismus“?

9

Schulfrei für die Bundeswehr?

Eine Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Kreisverbände Wiesbaden und Rheingau-Untertaunus

Referent: Michael Schulze von Glaßer
Politikwissenschaftler und freier Journalist

Donnerstag, 13. November 2014
18.00 bis 20.00 Uhr
Mensa Kerschensteinerschule
Welfenstraße 10
65189 Wiesbaden

Eine Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Kreisverbände Wiesbaden und Rheingau-Untertaunus

Wiesbadener Bildungsgespräche

GEW
Initiativ
Kompetent
Streitbar

V.i.S.d.P.: GEW-Kreisverbandes Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden
Gestaltung: Eilers • Druck: http://www.wfb-wiesbaden.de/index.php/leistungsspektrum/druck